



São Paulo: Slum Paraisópolis, der größte in der Stadt, liegt direkt neben Morumbi, einem reichen Viertel mit Wohnhäusern von hohem Standard.
© C_Fernandes / istockphoto.com

DAS UNGLEICHHEITS- VIRUS

Wie die Corona-Pandemie soziale Ungleichheit verschärft und warum wir unsere Wirtschaft gerechter gestalten müssen



OXFAM
Deutschland



Eine Frau sitzt in Cox Basar, dem weltweit größten Camp für Geflüchtete in Bangladesch, vor ihrem Zelt und wäscht sich die Hände, nachdem es dort zu einem Ausbruch des Coronavirus gekommen war.
© Fabeha Monir / Oxfam

Als Folge der Corona-Pandemie droht die Ungleichheit erstmals in fast allen Ländern der Welt gleichzeitig anzusteigen. Diese Krise verschärft die vorher schon dramatischen Unterschiede zwischen Arm und Reich, zwischen den Geschlechtern und zwischen *Weiß*en und Black, Indigenous and People of Color (BIPOC). Bereits neun Monate nach Ausbruch der Pandemie hatten die 1.000 reichsten Milliardär*innen wieder so viel Vermögen wie in der Zeit vor COVID-19. Die weltweit ärmsten Menschen hingegen könnten länger als ein Jahrzehnt brauchen, um die Auswirkungen der Pandemie zu überwinden.

Die Krise zeigt wie unter einem Brennglas, wie sehr unser derzeitiges Wirtschaftssystem die Ungleichheit vertieft. Aufgrund fehlenden politischen Willens und einer chronischen Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte mangelt es an guten staatlichen Gesundheits-, Bildungs- und

sozialen Sicherungssystemen. Kombiniert mit Arbeitslosigkeit trifft dies vor allem in Armut lebende Menschen. Dort, wo diese Systeme fehlen oder zu schwach sind, verarmen und sterben mehr Menschen als anderswo. Die Regierungen müssen jetzt handeln und extreme Ungleichheit und Armut bekämpfen. Damit die notwendigen Maßnahmen finanziert werden können, müssen Konzerne und Superreiche ihren fairen Anteil zur Bewältigung der Krise beitragen.

Die Corona-Pandemie muss ein Weckruf sein, extreme Ungleichheit und Armut endlich bei der Wurzel zu packen. Dafür brauchen wir ein Wirtschaftssystem, das die Macht und den Einfluss sehr großer Konzerne reduziert, an dem Beschäftigte, Erzeuger*innen, Verbraucher*innen und andere Akteursgruppen politisch und wirtschaftlich gleichberechtigt

teilhaben und das Gewinne unter Beachtung der planetarischen Grenzen erwirtschaftet und von Anfang an gerecht verteilt. Der Schlüssel liegt in einer Demokratisierung der Wirtschaft, das heißt Entscheidungsmacht muss breit geteilt werden und darf sich nicht bei einigen wenigen konzentrieren.

Wir brauchen allen in gleicher Weise zugängliche soziale Grunddienste, die nicht einer Gewinnlogik unterworfen werden. Unternehmen müssen demokratisch und gemeinwohlorientiert ausgerichtet sein, damit ihr Handeln allen dient. Und es gilt, vielfältige und durchlässige Marktstrukturen zu schaffen, sodass Macht nicht bei einzelnen Konzernen angehäuft wird.

Es kann und darf nicht mehr so weitergehen, wie zuvor – weder in Deutschland oder Europa noch weltweit. Ohne demokratische Wirtschaft wird es keine gerechte und demokratische Gesellschaft geben.

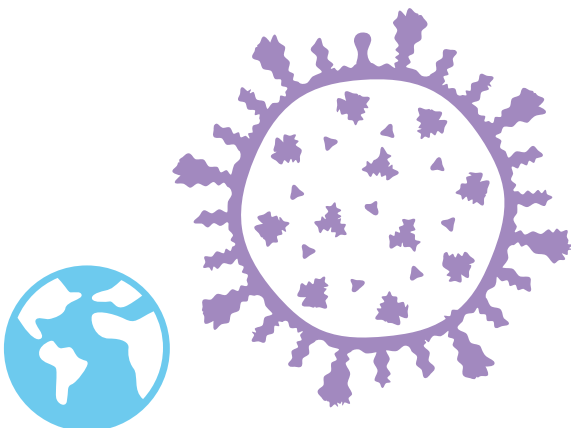
Corona macht die Welt noch ungleicher

Die Diagnosen von Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind eindeutig und beklemmend: Übereinstimmend äußern sie Besorgnis darüber, dass die Corona-Pandemie Ungleichheit und Armut weltweit verstärken wird – mit zutiefst schädlichen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen. Der IWF weist darauf hin, dass die jüngsten Epidemien wie H1N1 (Schweinegrippe) und das Zika-Virus das Ungleichheitsniveau in den betroffenen Ländern um 1,3 Prozent erhöht haben. Die Auswirkungen von Corona dürften weitaus größer sein, da die Pandemie weitreichende Einschränkungen erforderlich macht.¹

In der Tat stellt die Corona-Pandemie eine Zäsur in der Geschichte der Menschheit dar: Erstmals seitdem Ungleichheit statistisch erfasst wird, droht sie in praktisch allen Ländern zur gleichen Zeit anzusteigen.

Diese Befürchtung wird durch eine von Oxfam durchgeführte Umfrage unter 295 Wirtschaftswissenschaftler*innen aus 79 Ländern gestützt, darunter führende Ökonom*innen wie Jayati Ghosh, Jeffrey Sachs und Gabriel Zucman.²

87 PROZENT der Befragten erwarten, dass die Einkommensungleichheit in ihrem Land als Folge der Pandemie zunehmen oder stark zunehmen wird. Mehr als die Hälfte aller Befragten ist der Ansicht, dass die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich zunehmen wird und mehr als zwei Drittel gehen davon aus, dass die Ungleichheit zwischen *Weiß*en und Black, Indigenous und People of Color (BIPoC) zunehmen wird. Besonders alarmierend ist, dass zwei Drittel der Ökonom*innen meinen, ihre Regierung habe keine Strategie zur Bekämpfung der Ungleichheit.



BIPoC und weiß

Die Begriffe BIPoC und *weiß* werden verwendet, um Rassismus und rassistische Machtverhältnisse zu benennen: BIPoC ist eine widerständige Sammelbezeichnung für Menschen mit Rassismuserfahrung. Es ist die Abkürzung von Black, Indigenous und People of Color. Dies sind positiv besetzte, politische Selbstbezeichnungen rassistisch diskriminierter Menschen, die für den anhaltenden Kampf der Gruppen gegen Rassismus stehen. Sie bezeichnen keine biologischen Kategorien oder Hautfarben, sondern soziale Positionen, die Rassismus schaffen. Black beschreibt Menschen mit afrikanischer oder afrodiasporischer Geschichte. Die deutsche Übersetzung lautet Schwarz, geschrieben mit einem großem S. Indigenous steht für die Nachfahren der Menschen, die im Kontext des europäischen Kolonialismus, insbesondere in Amerika, kolonisiert wurden. People of Color ist eine selbst gewählte, solidarisierende Bezeichnung verschiedenster Menschen, die Rassismus erleben. Sie wird in den letzten Jahren auch in Deutschland verstärkt verwendet. Auch die Abkürzung BIPoC, die aus dem angloamerikanischen Raum stammt, wird im Deutschen zunehmend gebräuchlicher. Sie erkennt gemeinsame, aber auch gruppenspezifische Rassismuserfahrungen an und macht diese sichtbar.

Im Gegensatz zu BIPoC ist *weiß* keine Selbstbezeichnung, sondern eine kritische Analysekategorie, die jene Menschen beschreibt, die in rassistischen Verhältnissen privilegiert positioniert sind. Um dies anzuzeigen, wird der Ausdruck kursiv geschrieben.

Struktureller Rassismus

Rassismus wird immer noch häufig als Ausnahmeerscheinung angesehen. Das Adjektiv strukturell vor dem Begriff Rassismus hebt hervor, dass Rassismus ein gesamtgesellschaftlich bedeutsames strukturelles Phänomen darstellt. Das bedeutet, dass Rassismus auf der individuellen, institutionellen und strukturellen Ebene in der Gesellschaft wirkmächtig und nicht auf Einzelfälle und individuelle Einstellungen reduzierbar ist.

Latinx

Der Begriff Latinxs (Latin-EX ausgesprochen) ist eine Selbstbezeichnung von Menschen mit „lateinamerikanischer“ Geschichte. Er wird insbesondere in den USA als genderneutrale Alternative zum Ausdruck Latino/Latina verwendet.

Reichtum kennt keine Krisen

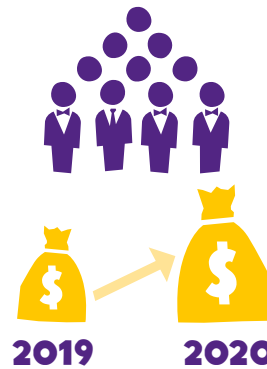
Aktuelle Zahlen unterstreichen, wie sehr die Corona-Krise die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertieft: Es dauerte nur neun Monate, bis das Vermögen der reichsten **1.000 MILLIARDÄR*INNEN** wieder den Stand von vor der Pandemie erreicht hatte. Für die ärmsten Menschen der Welt könnte die Erholung **14-MAL LÄNGER** dauern, also **LÄNGER ALS EIN JAHRZEHNT**.³

In den ersten Monaten der Pandemie mussten Milliardär*innen durch den Wertverlust ihrer Aktien und Beteiligungen hohe Vermögenseinbußen hinnehmen.⁴ Während die Realwirtschaft mit der tiefsten Rezession seit einem Jahrhundert konfrontiert war, boomte der Aktienmarkt dann jedoch, weil Regierungen und Zentralbanken ihre Volkswirtschaften unterstützen. Innerhalb von neun Monaten hatten die reichsten 1.000 Milliardär*innen, hauptsächlich *weiße* Männer, ihr gesamtes verlorenes Vermögen wiedererlangt.⁵ Zum Vergleich: Nach der Finanzkrise 2008 dauerte es fünf Jahre, bis das Vermögen der Milliardär*innen wieder den Stand von vor der Krise erreichte.⁶

Das Vermögen der (im Dezember 2020) zehn reichsten Männer der Welt ist seit Februar 2019 – trotz der Pandemie – um fast **EINE HALBE BILLION US-DOLLAR** auf 1,12 Billionen US-Dollar gestiegen. Dieser Gewinn wäre mehr als ausreichend, um die ganze Weltbevölkerung gegen Covid-19 zu impfen und sicherzustellen, dass niemand durch die Pandemie in die Armut gestürzt wird.⁷

In Deutschland verfügten die zehn reichsten Deutschen Ende 2020 über ein Gesamtvermögen von rund 242 Milliarden US-Dollar – trotz Pandemie eine Steigerung von rund 35 Prozent bzw. 62,7 Milliarden US-Dollar gegenüber Februar 2019.⁸ Das Gesamtvermögen aller Milliardär*innen beläuft sich jetzt auf fast 12 Billionen US-Dollar (Stand Dezember 2020).⁹

Die derzeit drei reichsten Milliardäre hatten in diesem Zeitraum exorbitante Zuwächse: Elon Musk 131 Milliarden, Jeff Bezos 60 Milliarden und Bernard Arnault 76 Milliarden US-Dollar. Die reichsten Milliardär*innen Deutschlands, die Aldi-Eigentümer*innen Beate Heister und Karl Albrecht jr., konnten ihr Vermögen um 6,4 Milliarden US-Dollar steigern.¹⁰ Allein mit dem Vermögen, das er zwischen März und August 2020 angehäuft hat, könnte Jeff Bezos, allen 876.000 Mitarbeiter*innen von Amazon einen einmaligen Bonus von 105.000 US-Dollar zahlen.¹¹



Das Vermögen der (im Dezember 2020) zehn reichsten Männer der Welt ist seit Februar 2019 – trotz der Pandemie – um fast eine halbe Billion US-Dollar auf 1,12 Billionen US-Dollar gestiegen.

Quelle: Oxfam-Berechnung auf Basis der Forbes-Milliardär*innenlisten

Auch in der Corona-Krise stellen viele große Unternehmen ihre Gewinne über die Interessen der Arbeitnehmer*innen und drücken weiter die Kosten in der Lieferkette. Die politischen Reaktionen auf die Krise versuchen sie in ihrem Sinne zu beeinflussen. Einige der größten Konzerne der Welt schütteten auch in Zeiten der Krise Milliardengewinne an die Aktionär*innen aus. Dazu gehören auch deutsche Konzerne. So wurden 2020 an Aktionär*innen von BMW, darunter einige der reichsten Menschen Deutschlands, über 1,6 Milliarden Euro an Dividenden ausgezahlt. Davon kam rund die Hälfte den Hauptaktionär*innen Susanne Klatten und Stefan Quandt zugute, während im Frühjahr 2020 20.000 Mitarbeiter*innen Kurzarbeitergeld bezogen.¹² Die Hauptlast der Krise tragen vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Arbeiter*innen – und hierbei überproportional Frauen¹³ mit niedrigen Löhnen.¹⁴

Die Armut steigt wieder

Die Pandemie und ihre wirtschaftlichen Schäden führten dazu, dass Hunderte Millionen Menschen ihre Arbeit verloren und Not und Hunger ins Auge blicken mussten.¹⁵ In fast allen Ländern hatten die finanziell am schlechtesten gestellten Menschen aufgrund der Pandemie noch weniger Einkünfte.¹⁶ In Deutschland beispielsweise haben laut WSI-Verteilungsbericht 40 Prozent der Erwerbspersonen durch die Pandemie Einkommen verloren und Menschen, die schon vorher ein niedrigeres Einkommen und eine weniger sichere Position auf dem Arbeitsmarkt hatten, sind besonders oft von Einbußen betroffen.¹⁷

Im Globalen Süden hat die Corona-Krise zu einem extremen Anstieg des Hungers geführt. Schätzungen zufolge starben bis Ende 2020 jeden Tag mindestens 6.000 Menschen an durch die Folgen der Krise hervorgerufenen Hunger.¹⁸ Die in den vergangenen Jahrzehnten erzielten Erfolge bei der Verringerung von Armut drohen zunichte gemacht zu werden. Schon vor Ausbruch der Pandemie musste fast die Hälfte der Menschheit noch immer mit weniger als 5,50 US-Dollar pro Tag auskommen und gilt damit nach der erweiterten Definition der Weltbank als arm.¹⁹ Schätzungen zufolge könnte die Gesamtzahl dieser Menschen allein im Jahr 2020 noch um 200 bis 500 Millionen gestiegen sein und mehr als ein Jahrzehnt lang über dem Vorkrisenniveau bleiben.²⁰ Gut zwei Drittel der Menschen, die aufgrund der Krise verarmen, leben in Süd- und Ostasien sowie der Pazifikregion.²¹

Die Pandemie und ihre Auswirkungen zeigen deutlich, dass der größere Teil der Menschheit nur einen Schritt vom Elend entfernt ist. 56 Prozent der Weltbevölkerung müssen mit zwei bis zehn US-Dollar pro Tag auskommen.²² Mehr als die Hälfte aller Arbeiter*innen in Niedrigeinkommensländern und Ländern mit niedrigem mittleren Einkommen lebt in Armut.²³ Es sind die Taxi- und Lieferfahrer*innen, die Friseur*innen, Markthändler*innen, Wachleute, Reinigungskräfte, Fabrikarbeiter*innen, Bäuer*innen, Hausangestellten, Bauarbeiter*innen und Straßenverkäufer*innen, die die Krise am härtesten trifft.

Die Mehrheit von ihnen ist im informellen Sektor²⁴ beschäftigt, wie weltweit insgesamt 61 Prozent der Arbeitenden.²⁵ Sie sind von sozialer Sicherung, von Unterstützungsprogrammen wie Arbeitslosen- oder Krankengeld ausgeschlossen und haben in der Regel keine Möglichkeit, Kredite aufzunehmen. Fällt ihr Einkommen aus, wie es in vielen Ländern durch die plötzlichen Einschränkungen des öffentlichen Lebens, den Stillstand in den globalen Lieferketten und die damit verbundene Wirtschaftskrise der Fall war, geraten sie in kürzester Zeit in Existenznot. Viele müssen ihre Vermögenswerte wie Fahrräder oder Vieh zu Schleuderpreisen verkaufen, wodurch sie in eine Armutsfalle geraten, die oft über Generationen fortbesteht.²⁶

Selbst bei einer schnellen wirtschaftlichen Erholung führt dies ohne entsprechende politische Gegenmaßnahmen zu einer starken Zunahme der Ungleichheit, die Frauen, Jugendliche, Kinder, BIPOC und Wanderarbeiter*innen unverhältnismäßig stark betrifft.²⁷ So verarmen in lateinamerikanischen Ländern wie Mexiko und Brasilien und in den USA im Zuge der Pandemie mehr Indigenen und Schwarze Menschen.²⁸

Wie schwer die langfristigen Folgen der Corona-Krise insbesondere für Frauen sein können, lässt ein Blick auf frühere Pandemien erahnen. So sind zwar die Einkommen aller Menschen durch Ebola in Westafrika gesunken, doch die „Einkommen der Männer kehrten schneller auf den Stand vor der Epidemie zurück als die von Frauen“, so die Gesundheitsforscherin Julia Smith in der New York Times.²⁹

In Ländern mit niedrigem Einkommen arbeiten 92 Prozent der Frauen in informellen, gefährlichen oder unsicheren Verhältnissen.³⁰ Weltweit sind rund 740 Millionen Frauen in der informellen Wirtschaft tätig und im ersten Monat der Pandemie sank ihr Einkommen um 60 Prozent, was einem Einkommensverlust von mehr als 396 Milliarden Dollar entspricht.³¹ Frauen sind zudem in den Wirtschaftssektoren überrepräsentiert, die am stärksten von der Pandemie betroffen sind, unter anderem in Dienstleistungssektoren, wie dem Tourismus und der Gastronomie. Ob in Indien, den USA oder den Ländern des Mittelmeerraums:³² Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie verdrängen Frauen viel stärker als Männer aus der Arbeitswelt und machen jahrzehntelange Fortschritte ihrer Beteiligung am Erwerbsleben zunichte.

Das Virus trifft nicht alle gleich

Wie unter einem Brennglas zeigen sich in der Pandemie die vielfältigen Formen der Unterdrückung und Marginalisierung, denen Menschen unter anderem aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Sexualität, ihres Alters, einer Behinderung sowie im Zuge von Rassismus und Klassismus ausgesetzt sind. Diese Diskriminierungen sind wiederum in Strukturen von Privilegien und Unterdrückung verwurzelt, die durch Jahrhunderte von Patriarchat, Kolonialismus und strukturellem Rassismus (vgl. Box S. 3) geformt wurden.

Menschen in Armut sind dem Corona-Virus am stärksten ausgesetzt. Sie leben häufiger in beengten Verhältnissen, teilweise ohne Wasser und sanitäre Einrichtungen. Viele, insbesondere im informellen Sektor Tätige, können nicht von zu Hause aus arbeiten.

In zahlreichen Ländern arbeiten insbesondere Menschen mit Migrationsgeschichte häufig im Gastgewerbe, im Gesundheits- und Pflegewesen und in anderen Bereichen, in denen eine Ansteckung wahrscheinlicher ist. Zudem haben marginalisierte Gruppen häufiger armutsbedingte, das Risiko schwerer Krankheitsverläufe erhöhende Vorerkrankungen, wie Bluthochdruck bei der Schwarzen Bevölkerung in den USA³³ oder Diabetes bei aus Südasien stammenden Menschen in Großbritannien.³⁴

Das Risiko, sich mit COVID-19 zu infizieren und daran zu sterben, ist damit für Menschen in Armut deutlich höher. Ein überproportionaler Anteil wird aufgrund des Geschlechts benachteiligt oder erfährt rassistische Diskriminierung. Einige Beispiele: In Brasilien ist die Wahrscheinlichkeit, an COVID-19 zu sterben, für Schwarze Menschen um 40 Prozent höher als für *Weißer*³⁵ und in den USA ist die Wahrscheinlichkeit, an COVID-19 zu sterben, für Schwarze US-Bürger*innen und Latinxs (vgl. Box S. 3) insgesamt höher als für *Weißer*.³⁶

Extreme Ungleichheit ist letztendlich das Produkt eines nicht funktionierenden Wirtschaftssystems, das seine Wurzeln in neoliberalen Denkansätzen hat und einige wenige Reiche und Mächtigen durch Vereinnahmung von Politik und Wirtschaft begünstigt. In den Händen einer *weißen*, zumeist männlichen Gruppe häufen sich so riesige Profite an, auf Kosten von Menschen in prekären Situationen sowie Frauen, BIPOC (vgl. Box S. 3) und anderen historisch marginalisierten und unterdrückten Gruppen.

Systemversagen in der Krise

Ungleichheit und Armut explodieren in der Corona-Krise aus einem weiteren Grund: In Armut lebende Menschen, Frauen, BIPOC und andere marginalisierte und unterdrückte Gruppen erhalten weltweit häufig keinen ausreichenden und gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsversorgung, sozialer Sicherung und Bildung.

In der Krise zeigen sich die gravierenden Defizite unzureichender und unterfinanzierter öffentlicher Systeme, von denen viele Menschen systematisch ausgeschlossen sind oder benachteiligt werden. Ob und wie Menschen die Krise überstehen können, ist in vielen Fällen eine Frage von Armut und Reichtum. Im Umkehrschluss zeigt sich, wie wichtig funktionierende öffentliche Systeme sind, die allen Menschen eine gute Gesundheitsversorgung, Bildung und soziale Absicherung garantieren.

Insbesondere für Länder mit niedrigem Einkommen sind Gesundheit, Bildung und soziale Sicherung gerade in diesen Zeiten noch schwieriger zu finanzieren als zuvor schon. Durch die Corona-Krise steigt der Bedarf an Investitionen, um die Folgen der Krise abzufedern. Infolge der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie, wie Kapitalflucht, einem Rückgang ausländischer Investitionen, dem Verfall der Rohstoffpreise oder dem Niedergang des Tourismus, brechen den Ländern jedoch die Einnahmen weg.³⁷ Verschärft wird die Situation durch eine immer höhere Verschuldung bis hin zur Zahlungsunfähigkeit in vielen Ländern des Globalen Südens, insbesondere Afrikas. Die fehlende Unterstützung dieser Länder in Form eines umfassenden Schuldenerlasses durch die internationale Staatengemeinschaft und private Gläubiger schränkt den Handlungsspielraum der Regierungen massiv ein.³⁸

Die Pandemie hat die schlimmsten Auswirkungen chronisch unterfinanzierter öffentlicher Gesundheitssysteme deutlich gemacht. Zehn afrikanische Länder hatten zu Beginn der Krise zum Beispiel keine Beatmungsgeräte³⁹ und weltweit hat ein Viertel der Gesundheitseinrichtungen kein sauberes Wasser zur Verfügung.⁴⁰ Der Zugang zum Gesundheitssystem hängt in vielen Ländern des Globalen Südens von Gebühren ab, die viele Patient*innen nicht aufbringen können. Fehlende Ausgaben für Gesundheit haben aber auch im Globalen Norden Konsequenzen: In Industrieländern, die ihre Gesundheitsfinanzierung signifikant gekürzt haben, ist die Sterblichkeit in der COVID-19-Krise höher.⁴¹

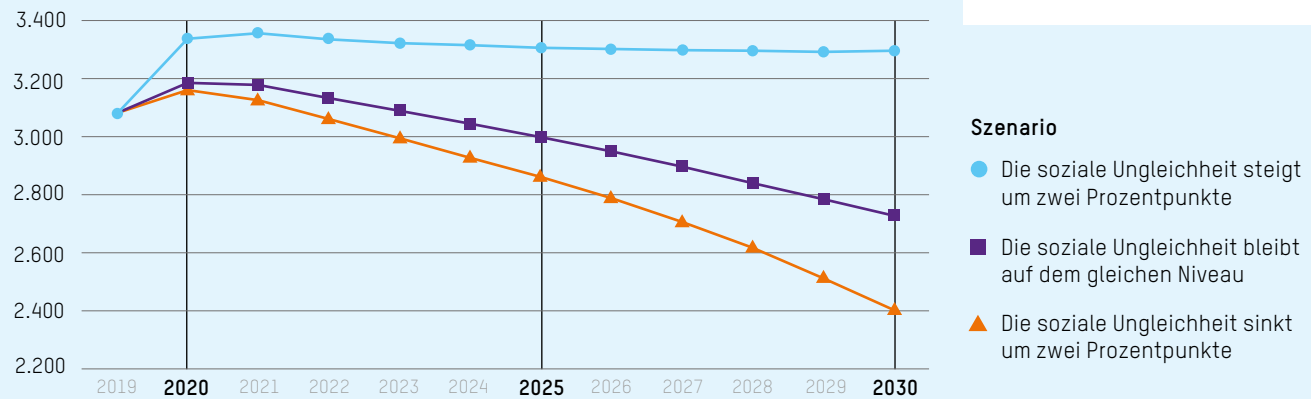
„Jeder hat Angst vor einer Krankheit. So wie ich. Ich würde sterben, wenn ich es [Corona] bekomme.“

Ann Gekenia Muthungu, 67, alleinerziehende Mutter und Großmutter, die sich in Mukuru Kwa Njema, einer informellen Siedlung in Kenia, um sieben Kinder kümmert. Oxfam hat gemeinsam mit anderen Organisationen ein Pilotprojekt gestartet, das die am stärksten durch Corona gefährdeten Haushalte in Kenia mit Zuschüssen von durchschnittlich 50 US-Dollar unterstützt.

© Asha Jaffar / Oxfam



Anzahl der Menschen, die von weniger als \$5,50 am Tag leben (Millionen)



Quelle: World Bank (2020): Poverty and Shared Prosperity 2020, baseline scenario

Ungleichheit reduzieren, Armut bekämpfen

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird seit Jahren immer breiter. Die Vermögens- und Einkommenskonzentration an der Spitze nimmt stetig zu. Die Gesamtzahl der Milliardär*innen hat sich in den zehn Jahren nach der Finanzkrise von 2008 fast verdoppelt.⁴² Im Jahr 2015 lebte die Mehrheit der Weltbevölkerung in Ländern, in denen die Einkommensungleichheit in den vorangegangenen 25 Jahren zugenommen hatte.⁴³ Während der letzten 40 Jahre hatte das reichste Prozent der Weltbevölkerung doppelt so viel Einkommen wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Die Spitzenverdiener*innen konnten 27 Cent von jedem US-Dollar des globalen Einkommenswachstums zwischen 1980 und 2016 für sich verbuchen. Nur 12 Cent pro US-Dollar hingegen entfielen auf die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.⁴⁴

Diese Gewinne werden im Rahmen eines Wirtschaftsmodells erzielt, in dem das reichste Prozent der Weltbevölkerung im vergangenen Vierteljahrhundert doppelt so viel CO₂ verbraucht hat wie die ärmeren 50 Prozent.⁴⁵ Unter der so verursachten Klimakrise leiden vor allem Menschen in Armut. Unwetter, Dürren und Überschwemmungen verschlimmern Armut und Ungleichheit weiter.

Extreme Ungleichheit in Vermögen und in Einkommen, aber auch in Bildung, Gesundheit und sozialer Absicherung, behindert die Entwicklung von Einzelnen und von Gesellschaften. Starke Ungleichheit bedeutet, dass mehr Menschen krank sind, weniger Menschen eine gute Ausbildung haben und weniger Menschen ein glückliches, würdiges Leben führen. Und sie verhindert die Abschaffung von Armut. Wenn die Wohlstandsgewinne vor allem nach oben fließen, bleibt zwangsläufig weniger für alle anderen und Armutsbekämpfung wird verhindert. In der Corona-Pandemie verschärft sich diese Entwicklung: Weltbank-Simulationen zeigen, was ein Anstieg der Ungleichheit in fast allen Ländern auf einmal für die weltweite Armut bedeuten würde (vgl. Grafik oben). Demnach ist davon auszugehen, dass bei einem Anstieg der Einkommensungleichheit um 2 Prozentpunkte pro Jahr im Jahr 2030 noch immer 3,3 Milliarden Menschen mit weniger als 5,50 US-Dollar auskommen müssten und damit nach erweiterter Weltbank-Definition arm wären. Dies sind rund 500 Millionen Menschen mehr als bei einer gleichbleibenden Ungleichheit. Wenn hingegen die Ungleichheit um 2 Prozentpunkte pro Jahr reduziert würde, könnte die Armut schon 2022 auf das Vorkrisenniveau zurückkehren, anstatt in mehr als einem

Jahrzehnt.⁴⁶ Wenn wir also Armut besiegen wollen, müssen wir Wohlstandsgewinne gerechter verteilen.

Ein Festhalten am derzeitigen Wirtschaftswachstum ist aber keine Lösung, um Armut zu überwinden. Unter Beibehaltung der bisherigen Verteilungsmuster müsste die globale Wirtschaft um das 175-fache anwachsen, wollte man auf diese Art jedem Menschen bis 2030 ein Einkommen von nur fünf US-Dollar am Tag ermöglichen.⁴⁷ Angesichts der begrenzten Ressourcen unseres Planeten wäre das katastrophal.

Weil Menschen in extremer Armut ihre gesamte Zeit dafür aufwenden müssen, ihr Überleben zu sichern, bleibt ihnen kaum eine Möglichkeit, politisch aktiv zu werden. Ihre Stimmen werden so nicht gehört. Zugleich kann eine verhältnismäßig kleine privilegierte Gruppe politische Regeln zu ihren Gunsten gestalten – auf Kosten weiter Teile der Bevölkerung. Diese Ungleichheit schadet der gesamten Gesellschaft: Sie vergiftet unsere Politik, fördert Extremismus und Diskriminierung, wie Rassismus, und ist damit eine Gefahr für die Demokratie.

Radioschule in Mosambik: Die Schülerin Benedita Matias sitzt vor dem Haus ihrer Familie und hört dem Unterricht über das Radio zu, nachdem die Schulen in Mosambik wegen des Coronavirus schließen mussten.
© Jeremiah Benjamin / Oxfam



Sehr vermögende Menschen können sich problemlos physisch von anderen distanzieren und im Krankheitsfall in gut ausgestatteten Privatkliniken behandeln lassen. In Armut lebende Menschen dagegen sind von einer staatlichen Gesundheitsversorgung abhängig, bei der es in rund 90 Prozent aller Länder in den ersten sechs Monaten der Pandemie zu Unterbrechungen kam – mit fatalen Folgen.⁴⁸ So wird ein Zwei-Klassen-Gesundheitssystem etabliert.

Es ist zu befürchten, dass sich diese Ungleichbehandlung besonders stark bei der weltweiten Bereitstellung von Corona-Impfstoffen zeigen wird. Eine kleine Gruppe reicher Nationen, die nur 14 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren, hat mehr als die Hälfte der Vorräte der führenden COVID-19-Impfstoffkandidaten aufgekauft.⁴⁹ Sollte es keine Preisbegrenzungen geben, haben insbesondere in Armut lebende Menschen keine Chance auf eine Impfung, während Pharmakonzerne weiter hohe Gewinne einfahren.

Bildung in der Krise

Auch in anderen Lebensbereichen manifestiert sich in der Krise die Ungleichheit. Bildung ist einer der zentralen Bereiche, um Armut und Ungleichheit zu bekämpfen. Nun stehen wir laut Weltbank vor der größten Bildungskrise der letzten hundert Jahre.⁵⁰ Vor allem vorher schon benachteiligte Gruppen werden weiter abgehängt: Im Jahr 2020 schlossen mehr als 180 Länder als Folge der Pandemie vorübergehend ihre Schulen, wodurch knapp 1,7 Milliarden Kinder und Jugendliche nicht zur Schule gingen.⁵¹ Kinder in Ländern mit niedrigem Einkommen verloren so fast vier Monate Schulzeit, Kinder in Ländern mit hohem Einkommen dagegen nur sechs Wochen.⁵²

Wohlhabendere Familien können diese Ausfälle überbrücken, indem sie für zusätzliche Bildungsangebote bezahlen. In den USA zum Beispiel legen viele wohlhabende, überwiegend *weiße* Familien ihre Ressourcen zusammen, um ihre Kinder zu Hause in kleinen privaten Gruppen, sogenannten Pandemie-Pods, unterrichten zu lassen.⁵³

Auf der anderen Seite werden weltweit schätzungsweise 32,8 Millionen von Schulschließungen betroffene Kinder und Jugendliche nie wieder eine Schule oder Universität besuchen können.⁵⁴ Die Kinder, die Bildung am meisten brauchen, um aus der Armut herauszukommen, sind diejenigen, die am ehesten zurückgelassen werden. Sowohl in Ländern mit hohem als auch mit niedrigem Einkommen haben ärmere Schüler*innen weniger Zugang zu Fernunterrichtsprogrammen und fallen tendenziell weiter zurück, wenn sie keine zusätzliche Unterstützung erhalten. Laut UNICEF hatten mindestens ein Drittel aller Kinder weltweit keinerlei Zugang zu Fernunterricht.⁵⁵

Coronabedingte Budgetkürzungen im Bildungssektor drohen die Bemühungen zur Überwindung des Bildungsgefälles ernsthaft zu unterminieren. Vor der Pandemie wurde die jährliche Ausgabenlücke im Bildungsbereich auf 148 Milliarden US-Dollar geschätzt. Ohne entsprechende Finanzierungsmaßnahmen könnte sie um weitere 30 bis 40 Milliarden US-Dollar anwachsen.⁵⁶ Die Pandemie droht somit die in den vergangenen 20 Jahren erzielten weltweiten Fortschritte bei der Bildung von Mädchen zunichtezumachen. Armut und Ungleichheit werden dadurch steigen.⁵⁷

Soziale Absicherung nur für wenige

Angesichts der extremen wirtschaftlichen Auswirkungen des Corona-Virus benötigen Milliarden von Menschen zudem sofortige finanzielle Unterstützung seitens des Staates. Allerdings hatten fast vier Milliarden Menschen, mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung, bei Ausbruch der Pandemie weder eine Sozialversicherung noch Anspruch auf Sozialhilfe.⁵⁸ Insbesondere Frauen sind häufig gar nicht abgesichert oder erhalten wesentlich geringere Leistungen, unter anderem weil so viele von ihnen in informellen, unsicheren Beschäftigungsverhältnissen tätig sind. Der von Oxfam und Development Finance International im Herbst 2020 veröffentlichte Commitment to Reducing Inequality (CRI) Index

Care-Arbeit verschärft die Ungleichheit

Wir alle sind im Verlauf unseres Lebens auf die fürsorgliche Zuwendung durch andere angewiesen. Dass Menschen Pflege-, Fürsorge- und Haushaltsarbeit (englisch care) leisten, ist von unschätzbarem Wert für jede*n von uns, kommt zugleich der ganzen Gesellschaft zugute und ist auch für die Wirtschaft unverzichtbar. Doch so bereichernd diese Arbeit für Gesellschaften ist, so arm macht sie viele, die sie leisten – vorrangig Frauen.

So sind allein in Deutschland drei Viertel des Gesundheitspersonals weiblich, weltweit sind es rund 70 Prozent.⁵⁹ In der Kinderbetreuung und Altenpflege sind rund 90 Prozent der Mitarbeiter*innen weiblich. Und dabei geht es nur um bezahlte, meist unterbezahlte Arbeit. Weit schwerer wiegt der unbezahlte Teil.

Weltweit leisten Frauen und Mädchen drei Viertel der unbezahlten Care-Arbeit – mehr als 12 Milliarden Stunden pro Tag. Würde diese Arbeit bezahlt, entspräche sie einem ökonomischen Wert von jährlich über 11 Billionen US-Dollar.⁶⁰ Dies entspricht dem Dreifachen des weltweiten Umsatzes im IT-Sektor. Während dort aber fette Gewinne eingefahren werden, gehen die Pflegenden leer aus.

weist darauf hin, dass in 103 Ländern weltweit mindestens eine*r von drei Arbeitnehmer*innen keinen Anspruch auf Schutzmaßnahmen wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hat.⁶⁷ Neben fehlendem politischen Willen haben viele Länder des Globalen Südens nicht genug finanzielle Ressourcen, um eine ausreichende soziale Absicherung für alle zu gewährleisten.

In Zeiten der Pandemie wird diese Ungleichheit nun brutal offengelegt und auf die Spitze getrieben, da einkommensschwache, in prekären Verhältnissen beschäftigte oder in der Krise entlassene Arbeitnehmer*innen im Gegensatz zu Beschäftigten mit höheren Einkommen nicht die Unterstüt-

Dass Fürsorge und Pflege im Gegensatz zum IT-Sektor als ökonomisch wertlos gelten, ist auch eine Folge wirtschaftlicher Messgrößen wie des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Dieses bezieht den Wert der Pflege- und Fürsorgearbeit genauso wenig mit ein wie die Kosten für den Erhalt und den Schutz natürlicher Ressourcen – obwohl beide unabdingbare Voraussetzungen für das menschliche Leben und gesellschaftliches Wohlergehen sind.

Die ungleiche Verteilung und systematische Abwertung von Care-Arbeit schafft folglich eine Ungleichheit in Einkommen, Vermögen, Zeit und Einfluss zwischen Männern und Frauen und vertieft die Kluft zwischen Arm und Reich: Männer besitzen weltweit 50 Prozent mehr Vermögen als Frauen.⁶¹ Obwohl Frauen in Deutschland sowohl unbezahlt als auch bezahlt durchschnittlich eine Stunde pro Tag länger arbeiten als Männer, haben sie aktuell 21 Prozent weniger Einkommen.⁶² Weltweit beträgt dieser Gender Pay Gap 23 Prozent.⁶³

Wenn Frauen Kinder gebären, versorgen und großziehen, steigert das laut Berechnungen der Vereinten Nationen zudem ihr Risiko, zu verarmen. In ländlichen Gebieten wirtschaftlich benachteiligter Länder verbringen Frauen täglich bis zu 14 Stunden mit Pflege- und Fürsorgearbeit. Auch Mädchen müssen dabei häufig mithelfen. All dies trägt auch zu einer erhöhten Altersarmut von Frauen bei.

DURCH CORONA WÄCHST DAS PROBLEM

Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt: Pflege, Zuwendung und Fürsorge kennen keinen Lockdown. Im Gegenteil, wegen geschlossener Kitas und Schulen sowie steigender Krankenzahlen wuchs der Bedarf noch und die Belastung durch unbezahlte Care-Arbeit stieg. Nach einer aktuellen Studie, die UN Women in 38 Ländern durchgeführt hat, waren es wiederum Frauen und Mädchen, die den Mehrbedarf größtenteils auffingen.⁶⁴ Deutschland ist keine Ausnahme: Gut ein Viertel aller befragten Frauen mit Kindern bis zu 14 Jahren, aber nur ein Sechstel der befragten Männer mussten ihre Arbeitszeit reduzieren, um Angehörige zu betreuen.⁶⁵ Eine besondere Herausforderung stellte diese Situation für alleinerziehende Elternteile dar.⁶⁶

Viele Regierungen haben jedoch kaum Maßnahmen ergriffen, um durch unbezahlte Care-Arbeit beanspruchte Menschen während der Corona-Krise zu unterstützen. Die Kosten und die Arbeit für die Betreuung von Millionen von Kindern, älteren und kranken Menschen werden auf die Familien abgewälzt. Frauen, die in Armut leben, trifft das unverhältnismäßig stark.

zung erhalten, die sie so dringend benötigen. Während beispielsweise 90 Prozent der US-Arbeiter*innen im obersten Einkommensquartil ein Recht auf bezahlten Krankenstand haben, sind es im untersten Quartil nur 47 Prozent.⁶⁸

Zahlreiche Länder haben in der Krise Maßnahmen ergriffen, um Einkommen zu ersetzen. Insgesamt haben über eine Milliarde Menschen von einer sozialen Notsicherung profitiert.⁶⁹ Die Maßnahmen greifen vielfach jedoch viel zu kurz. In vielen Ländern Asiens, beispielsweise in Vietnam, haben als

Reaktion auf die Krise eingeführte Sozialschutzmaßnahmen die am stärksten Betroffenen, insbesondere im informellen Sektor Tätige, nicht erreicht, und waren zu begrenzt, um eine nennenswerte Wirkung zu entfalten.⁷⁰ Bis August 2020 hatten nur 54 von 195 Ländern als Antwort auf die Corona-Krise Sozialschutzmaßnahmen eingeführt, die explizit auf Frauen und Mädchen abzielen.⁷¹

Ein ungerechtes Wirtschaftssystem

Die Corona-Pandemie hat bestehende Gräben vertieft. Während Millionen Menschen in Armut gedrängt werden, machen Konzerne und ihre Anteilseigner*innen weiterhin kräftig Gewinn – unter anderem durch übermäßige Ausbeutung natürlicher Ressourcen, das Drücken von Löhnen sowie Steuervermeidung. Letztere bringt Staaten um dringend benötigte Mittel für öffentliche Gesundheits-, Bildungs- und soziale Sicherungssysteme.

Extreme Ungleichheit ist kein Naturgesetz, sondern auch das Ergebnis der Macht, die große Konzerne über unsere Wirtschaft, unsere Politik und unsere gemeinsame Zukunft ausüben. Sie haben Unternehmen, Märkte und Politik so gestaltet, dass kurzfristige Gewinninteressen immer wieder über Menschenrechten und den Grenzen unseres Planeten stehen. Dieser unverhältnismäßige Einfluss von Großkonzernen auf politische Entscheidungen ist einer der Hauptgründe dafür, dass ihre Gewinne und Vermögen weiter steigen und die gegenwärtigen ungleichen Strukturen fortbestehen.

Die Wirtschaft wird von den wenigen Menschen – zumeist *weißen* Männern – bestimmt, die in den Vorständen und Aufsichtsgremien großer Konzerne sitzen. Konzerne strukturieren die Weltwirtschaft über ein Netzwerk an komplexen und für Bürger*innen meist intransparenten Lieferketten. Dass dabei Menschenrechte verletzt werden, wird oft billigend in Kauf genommen. Es ist Kern unseres Systems, das viel zu stark auf Gewinne im Sinne des „Shareholder Value“, d.h. Profitmaximierung im exklusiven Interesse von Kapitaleigner*innen, Eigentümer*innen und Investor*innen setzt.

Konzerne fixieren sich zunehmend auf kurzfristige Gewinne und Dividendenausschüttungen, wobei letztere dramatisch gestiegen sind.⁷² In der Gruppe der sieben führenden Industrieländer (G7) stiegen die Löhne zwischen 2011 und 2017 um **DREI PROZENT**, die Dividenden dagegen um **31 PROZENT**.⁷³

Lohndumping und Steuervermeidung

Um Aktionär*innen Dividenden ausschütten zu können, zielen Unternehmen auch darauf ab Löhne niedrig zu halten und Steuern zu vermeiden. Die dadurch wegfallenden Kosten erhöhen die Gewinne. Dass gleichzeitig Top-Manager*innen zunehmend in Unternehmensanteilen bezahlt werden, trägt zu den exorbitanten Einkommensunterschieden zwischen Spitzenmanagement und Arbeiter*innen bei.⁷⁴ Zwischen 2009 und 2018 stiegen die Ausschüttungen an die Aktionär*innen der im Leitindex CAC 40 gelisteten größten französischen Unternehmen um 70 Prozent und die Gehälter der Vorstandsvorsitzenden um 60 Prozent. Parallel dazu stieg das Durchschnittsgehalt der Angestellten dieser Unternehmen um nur 20 Prozent.⁷⁵ In einer Zeit, in der Milliarden von Menschen am Existenzminimum leben, ist das Lohngefälle unhaltbar geworden. In vielen Teilen der Welt erhalten Top-Manager*innen in einer Woche mehr Lohn als ein*e Arbeiter*in durchschnittlich in einem ganzen Jahr. Das durchschnittliche Lohngefälle zwischen Geschäftsführer*innen und Arbeiter*innen unter den 500 größten US-amerikanischen Unternehmen lag 2019 bei 264 zu eins.⁷⁶ Für das durchschnittliche Jahresgehalt eines DAX-Vorstandsvorsitzenden in Höhe von 5,6 Millionen Euro müsste eine durchschnittlich bezahlte Pflegekraft in Deutschland über 156 Jahre arbeiten. Umgekehrt verdient der Chef eines DAX-Unternehmens in etwas mehr als ein-einhalb Tagen das Jahresgehalt einer Pflegekraft.⁷⁷

Auf Druck von Konzernen und reichen Einzelpersonen haben Regierungen die Steuern auf Unternehmensgewinne und Vermögen in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter gesenkt, sodass sich deren Anteil am Gesamtsteueraufkommen reduziert hat (vgl. Grafik S. 11). Zwischen 1985 und 2019 wurden die durchschnittlichen Unternehmenssteuersätze weltweit von 49 auf 23 Prozent reduziert.⁷⁸ Um die so entstandenen Verluste auszugleichen, haben viele Länder die Mehrwertsteuersätze erhöht, was besonders Menschen mit niedrigen Einkommen belastet.⁷⁹

Laut Schätzungen des Tax Justice Networks gehen der Staatengemeinschaft zudem jedes Jahr insgesamt mehr als 427 Milliarden US-Dollar an Einnahmen durch Steuervermeidung von Unternehmen und Steuerflucht von Privatpersonen verloren.⁸⁰ Ländern des Globalen Südens entgehen durch die gezielte Steuervermeidung von Konzernen jährlich mindestens 100 Milliarden US-Dollar.⁸¹ Zum Vergleich: Die weltweiten Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit lagen 2019 bei rund 150 Milliarden US-Dollar.⁸²

Wenn Einnahmen fehlen, kürzen Staaten die Ausgaben oder verschulden sich stärker. So führte die Finanzkrise 2008 zu sinkenden Staatseinnahmen infolge des wirtschaftlichen Einbruchs, höheren Ausgaben für die Rettung des Finanzsektors und dadurch bedingt zu einem starken Anstieg der Verschuldung öffentlicher Haushalte.⁸³ Die in Reaktion darauf eingeführten Sparmaßnahmen, wie Rentenkürzungen, Lohnkürzungen für Lehrkräfte und Beschäftigte im Gesundheitswesen, Kürzungen von Sozialleistungen sowie der Abbau von Arbeitsrechten, verstärkten die Zunahme der Ungleichheit noch. Laut einer Studie betrafen diese Maßnahmen drei Viertel der Weltbevölkerung.⁸⁴ Eine stärkere Besteuerung von Konzernen und sehr hoher Vermögen hätte viele der zu weiterer Ungleichheit und Armut führenden Kürzungen von öffentlichen Ausgaben sowie ausbleibende öffentliche Investitionen abwenden können.

Das Schließen von Steueroasen, Maßnahmen gegen Gewinnverschiebung, eine weltweite Mindestbesteuerung von Konzernen, eine höhere Besteuerung von großen Vermögen oder die Einführung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer – die Instrumente für eine andere Steuerpolitik sind da, werden aber nicht angewendet oder nicht konsequent umgesetzt. Auch in der Corona-Krise entzieht so eine von elitären Interessen beeinflusste Politik den Staaten die Mittel, die gerade jetzt so dringend benötigt werden. So könnte beispielsweise eine einmalige Steuer auf die Gewinne der Konzerne, die in der Corona-Krise am meisten dazugewonnen haben, schätzungsweise 104 Milliarden US-Dollar einbringen. Dies wäre genug, um alle Arbeitnehmer*innen vor Arbeitslosigkeit zu schützen und alle Kinder und ältere Menschen in den wirtschaftlich am stärksten benachteiligten Ländern finanziell zu unterstützen.⁸⁵

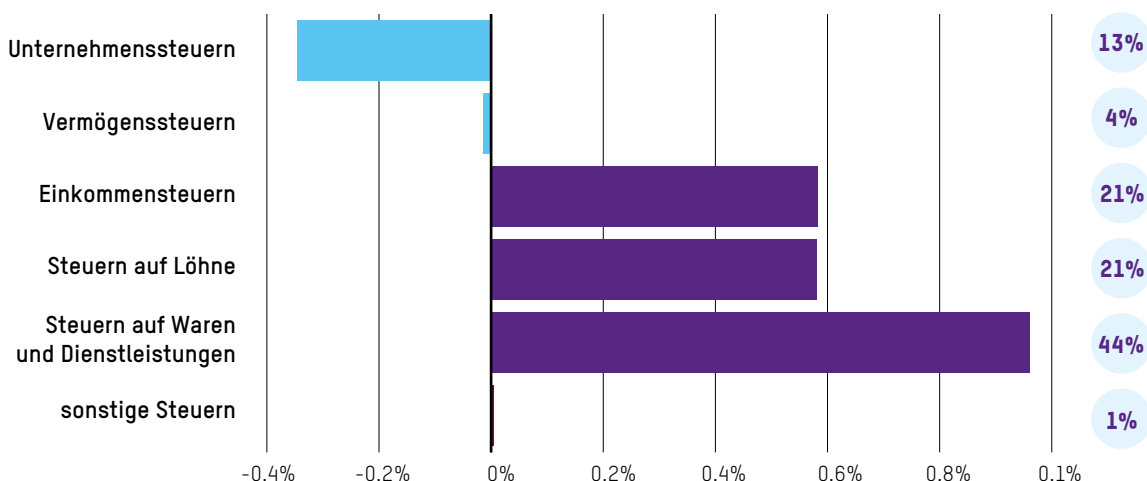
Wer die Marktmacht hat, hat das Sagen

Ein Grundproblem ist, dass einige wenige Konzerne immer mehr Macht an sich reißen, den Markt sowie die Politik beherrschen und extrem hohe Profite erzielen. Die Folge: Superreiche gewinnen, Menschen in Lohnarbeit verlieren. Die Schere zwischen Arm und Reich wird so immer größer. Eine Hauptursache der sozialen Ungleichheit liegt damit im Marktgeschehen selbst.

Marktmacht und kurzfristige Profitinteressen nehmen Politik und kleinere Unternehmen in einen Klammergriff, aus dem sie befreit werden müssen. Denn die ausufernde wirtschaftliche und politische Macht von Konzernen nimmt uns Menschen Selbstbestimmung. Ihre schiere Größe nutzen Markt Giganten oftmals, um Regierungen unter Druck zu setzen, zum Beispiel indem sie drohen abzuwandern und damit Arbeitsplätze und Steuereinnahmen zu reduzieren. In vielen Fällen hängt die Wirtschaft sogar so stark von einzelnen Unternehmen oder Sektoren ab, dass Regierungen auch ohne den Druck durch Lobbys kaum Spielraum haben, um Konzernmacht gemeinwohlorientiert zu regulieren.

Veränderung im Steueraufkommen 2007–2017
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts in über 100 Ländern

Anteil am gesamten
Steueraufkommen (2017)



Werden Marktkonzentration und die Macht von Unternehmen nicht beschnitten, kommt eine Spirale in Gang, in der Konzerne Geld dazu benutzen, politische Macht zu erlangen und diese dann ausüben, um noch mehr Geld zu verdienen. Zahlreiche Strategien, mit denen Unternehmen teilweise unter Inanspruchnahme des öffentlichen Sektors ihre Gewinne maximieren, deuten darauf hin – darunter zweifelhafte Privatisierungsprogramme und missbräuchliche Steuerpraktiken. Laut der Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) trägt Marktmacht, die Lobbymacht hervorbringt, systematisch zu steigenden Einkommensungleichheiten und Machtungleichgewichten in der Weltwirtschaft bei.⁸⁶

Darüber hinaus burden Großkonzerne die sozialen und ökologischen Kosten ihrer Aktivitäten der Gesellschaft auf. Viele der mächtigsten Unternehmen kommen aus Industrieländern, insbesondere aus den USA und der EU. Sie missbrauchen ihre Marktmacht, indem sie die Preise für Produzent*innen in Ländern mit niedrigem Einkommen in einem Maße drücken, dass oftmals Verletzungen von Menschen- und Arbeitsrechten die Folge sind.⁸⁷ Weil diese Konzerne so mächtig sind und die Politik sie unzureichend reguliert, können sie überall auf der Welt andere Unternehmen – ob groß oder klein – aufkaufen oder vom Markt verdrängen. Menschen verlieren dabei häufig ihre Arbeit, die Gewinne bleiben oft nicht im Land und eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung ist nicht oder nur bedingt möglich.

Den Markt gerecht gestalten

Wollen wir die globale Zukunft sozial und ökologisch gerecht gestalten und zu einem guten Leben für alle kommen, brauchen wir ein grundlegend gerechteres Wirtschaftssystem. Um die Wirtschaft im Kern zu verändern, müssen wir einige zentrale Fragen klären: Wem gehört die Wirtschaft? Wer hat die Macht? Welchen Zweck verfolgt die Wirtschaft? Wie kommen wir weg von unfairen Handelspraktiken und Billigpreisen, hin zu gerechten Lieferbeziehungen und Wertschätzung für geleistete Arbeit?

Dafür müssen sich Unternehmen in ihrem Wesen verändern – fort von ihrer derzeitigen Ausrichtung, in der sie exzessiv auf die Profitinteressen Einzelner ausgerichtet sind, hin zur eigentlich sinnstiftenden Idee, sprich zu Zusammen-schlüssen von Menschen, um das zum Leben Notwendige herzustellen. Solche Unternehmen sind auf die Befriedigung unserer Bedürfnisse ausgerichtet. Entscheidungsmacht

und der erwirtschaftete Wert werden innerhalb der Organisation gerecht verteilt. Die an Zulieferer und Produzent*innen gezahlten Preise richten sich danach, was eine sozial und ökologisch gerechte Produktion kostet. Eine zukunftsweisende Wirtschaftspolitik sorgt dafür, dass Unternehmen den Interessen aller Betroffenen gerecht werden – und nicht nur der Anteilseigner*innen und Eigentümer*innen. Sie müssen den Arbeiter*innen, Angestellten, Produzent*innen und Kund*innen dienen sowie Umwelt und Tiere schützen und so wegkommen von einem rein auf Profitmaximierung ausgerichteten Geschäftsmodell.

Dies kann beispielsweise durch einen Klimaschutzplan geschehen, der Unternehmen an das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens bindet, durch einen Verzicht auf die Auszahlung von Boni und Dividenden an Vorstände und Aktionär*innen bei Erhalt staatlicher Hilfen, durch gesetzliche Verpflichtungen zur Einhaltung von Menschenrechten und existenzsichernden Löhnen in den Lieferketten und durch die Veröffentlichung von Gewinnen und darauf gezahlte Steuern in den Ländern, in denen die Unternehmen tätig sind.

Gleichzeitig brauchen kleinere gemeinwohlorientierte Unternehmen, die an Prinzipien der Nachhaltigkeit und Inklusion ausgerichtet sind, mehr Unterstützung, etwa in Form von Wirtschaftshilfen, Bevorzugung bei öffentlichen Aufträgen oder steuerlichen Begünstigungen. Denn diese Unternehmen gestalten ihre Lieferketten und Produktionsstrukturen so, dass Menschen hier und im Globalen Süden unter würdigen Bedingungen arbeiten und gerecht entlohnt werden. Den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen an den Produktionsorten denken sie mit.

Aber nur, wenn es am Markt gerecht zugeht, können sich engagierte Unternehmensinhaber*innen mit zukunftsweisenden Ideen durchsetzen. Nur dann können Menschen von ihrer Arbeit gut leben und für ihre Familien sorgen, wodurch soziale Ungleichheit und Armut sich verringern. Erst wenn die Politik die Macht übermächtiger Konzerne eingrenzt, kann sie wieder dem Wohlergehen aller dienen, einschließlich jener Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben.

Wichtige Märkte dürfen daher nicht von einigen wenigen Konzernen kontrolliert werden, die durch Übernahmen immer größer und mächtiger werden. Es ist notwendig, machtgeprägte Marktstrukturen aufzulösen und aggressiven Fusionsstrategien sowie auf Profit um jeden Preis getrimmten Strategien den Riegel vorzuschieben. Es gilt neu zu definieren, ab welchem Marktanteil ein Unternehmen marktbeherrschend ist oder zu viel Macht hat. Die



Arbeiter*innen nähen Jacken und Hosen für ein internationales Unternehmen in einer Textilfabrik in Dong Nai, Vietnam. © Sam Tarling / Oxfam

Beweislast ist dabei umzukehren: Marktbeherrschende Unternehmen müssen zukünftig zeigen, dass ihre Größe und ihr Geschäftsgebaren kein Problem für das Gemeinwohl darstellen. Schließlich muss die marktübergreifende Tätigkeit von Konzernen beschränkt werden, etwa durch eine Trennung von Plattformsparte und Eigenmarken bei Digitalkonzernen wie Amazon oder von Saatgut und Pestiziden bei Chemiekonzernen wie Bayer sowie durch weitere Maßnahmen zur Entflechtung.

Wir brauchen eine Wirtschaft für alle!

Dass das derzeitige Wirtschaftssystem von neoliberalen Prinzipien der Gewinnmaximierung, patriarchalen Strukturen und der Vorherrschaft einer kleinen Gruppe, die vor allem aus *weißen* Männern besteht, geprägt ist, führt zu extremer Ungleichheit und Armut. Die Corona-Krise verdeutlicht dies in erschreckendem Ausmaß. Dies ist das Resultat politischer Entscheidungen und kann somit auch verändert werden.

Wir können und müssen ein Wirtschaftssystem schaffen, das zu einer gerechteren Gesellschaft beiträgt und die Interessen von Menschen statt von Konzernen in den Vordergrund stellt.

Grundbestandteil muss die gleichberechtigte politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe aller sein. Verbesserungen durch eine neue Verteilung des bestehenden Wohlstands müssen weltweit zunächst vor allem Menschen in Armut zugutekommen, die derzeit auf vielfältige Weise ausgeschlossen sind.

Zudem ist eine gerechte Wirtschaft ohne die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen, BIPOC (vgl. Box S. 3) sowie anderen historisch marginalisierten und unterdrückten Gruppen und ohne die Anerkennung von oftmals unbezahlter Arbeit sowie ihrer Neuverteilung nicht denkbar. Ebenso unverzichtbar ist die Umstellung auf ein nachhaltiges Wirtschaften, welches die Grenzen des Wachstums und der natürlichen Ressourcen unseres Planeten anerkennt.

Die Corona-Krise stellt die Menschheit vor immense Herausforderungen. Sie kann aber auch ein Wendepunkt sein. Die Pandemie verdeutlicht, was wirklich wichtig ist und worauf wir in unserer Gesellschaft mehr Wert legen sollten. Umfragen aus aller Welt zeigen eine überwältigende Unterstützung für Maßnahmen zum Aufbau eines gerechteren und nachhaltigeren Systems nach der Pandemie.⁸⁸

Auch einflussreiche Stimmen aus der Wirtschaft fordern im Angesicht von Corona Veränderung. Klaus Schwab, der Vorsitzende des Weltwirtschaftsforums, hat kürzlich die „neoliberale Ideologie“ in Frage gestellt und festgestellt, dass „wir uns in der Post-COVID-Ära vom Neoliberalismus verabschieden müssen“.⁸⁹ Die Financial Times will „radikale Reformen“, um „die vorherrschende politische Richtung der letzten vier Jahrzehnte“ umzukehren und plädiert für mehr Umverteilung, Grundeinkommen und Vermögenssteuern.⁹⁰

Dies zeigt: Jetzt ist die Zeit für eine transformative Politik, ein echtes Build-Back-Better, um eine gerechtere und nachhaltigere Wirtschaft zu schaffen. Nur so können extreme Ungleichheit und Armut sowie die katastrophale Klimakrise gleichzeitig bekämpft werden.

Oxfams Forderungen an die Politik

Die Corona-Krise muss der Wendepunkt hin zu einem solidarischen, ökologischen Wirtschaftssystem sein. Kurzfristig müssen diejenigen, die auch in Zeiten der Pandemie oder gerade wegen der Krise hohe Gewinne einfahren, durch eine höhere Besteuerung ihren gerechten Anteil zu ihrer Bewältigung leisten.

Wollen wir die Zukunft global sozial und ökologisch gerecht gestalten und zu einem guten Leben für alle kommen, dürfen wir aber nicht nur die akuten Symptome angehen. Langfristig müssen erwirtschaftete Werte von Anfang an gerecht verteilt und übermäßige Macht und Einfluss auf politische Entscheidungen verhindert werden, sodass extreme Ungleichheit erst gar nicht entsteht.

Eine sozial und ökologisch gerechte Wirtschaft werden wir also nur erreichen, wenn wir das Wirtschaftssystem umfassend und konsequent demokratisieren. Wirtschaft zu demokratisieren bedeutet, dass Entscheidungsmacht breit geteilt wird, anstatt sie bei einigen wenigen zu konzentrieren. Es gilt: Keine demokratische Gesellschaft ohne demokratische Wirtschaft.

Mitglieder der Bundesregierung, des Deutschen Bundestages und der Parteien sollten sich daher hier in Deutschland, in Europa und weltweit für die folgenden Punkte einsetzen:

1. Grunddienste gemeinschaftlich und solidarisch aufbauen, statt sie an der Profitmaximierung einzelner auszurichten.

a) Um soziale Ungleichheit zu bekämpfen, brauchen wir öffentliche Bildungs-, Gesundheits- und soziale

Sicherungssysteme, die allen Menschen zugänglich sind und eine gute Versorgung, Ausbildung und Absicherung garantieren. Privatisierungen im Bereich sozialer Grunddienste, die vor allem im Interesse der daran beteiligten Unternehmen liegen, sollten gestoppt und rückgängig gemacht werden.

b) Zur Finanzierung müssen Konzerne und sehr reiche Menschen ihren fairen Anteil zum Allgemeinwohl beitragen. Dazu kann beispielsweise eine einmalige Steuer auf in der Corona-Krise entstehende außergewöhnliche Gewinne von Konzernen, z.B. im Digitalsektor, beitragen. Zudem gilt es, eine stärkere Besteuerung großer Vermögen ins Auge zu fassen und eine umfassende Finanztransaktionssteuer einzuführen.

2. Unternehmen demokratisieren und gemeinwohlorientiert ausrichten, statt Profitmaximierung zum alleinigen Wohl der Kapitalgeber*innen und Eigentümer*innen zu erlauben.

a) Für eine Demokratisierung von Unternehmen braucht es eine bessere Regulierung von Unternehmensstrukturen (sogenannte Sustainable Corporate Governance), damit die Interessen aller Betroffenen in Entscheidungsprozessen und -gremien reflektiert sind. Neben der Regulierung bestehender, derzeit vor allem an der Profitmaximierung ausgerichteter Unternehmen, braucht es auch die aktive Förderung inklusiver und gemeinwohlorientierter Unternehmen, damit diese stärker die Märkte prägen, zum Beispiel durch eine Bevorteilung bei der Besteuerung, öffentlichen Beschaffung und Ausrichtung von Wirtschaftshilfen.

b) Für eine Gemeinwohlausrichtung von Unternehmen braucht es darüber hinaus eine messbare und haftungsrelevante Verpflichtung von Aufsichtsratsmitgliedern und Vorständen auf eine Gemeinwohlorientierung inklusive

ökologischer und sozialer Kriterien sowie Vorgaben, die sicherstellen, dass Gewinnausschüttungen an Eigentümer*innen begrenzt werden und dass Unternehmen ausreichende Investitionen in die sozial und ökologisch notwendige Transformation des eigenen Geschäftsmodells tätigen.

3. Vielfältige, inklusive und durchlässige Marktstrukturen schaffen, statt exzessive Machtkonzentration bei einzelnen Konzernen zu befördern.

a) Es braucht ein effektives, gemeinwohlorientiertes Kartellrecht und sektorspezifische Regulierungen, um eine gerechte Verteilung von Gewinnen innerhalb der Lieferkette sicherzustellen. Das Kartellrecht sollte deshalb nicht nur an der Konsumentenwohl- fahrt, sondern am Gemeinwohl ausgerichtet werden. Es müsste in der Fusions- und Missbrauchskontrolle auch die strukturellen Wirkungen auf Löhne, Beschäftigung, Lieferant*innen und Produzent*innen untersuchen. Um der Entstehung von Märkten, in denen wenige Konzerne das Geschehen dominieren, frühzeitig entgegenwirken zu können, sollte der Schwellenwert für die Vermutung einer Marktbeherrschung von derzeit 40 Prozent auf 20 Prozent abgesenkt werden.

b) Es muss eine rechtliche Grundlage dafür geschaffen werden, übermächtige Konzerne als *ultima ratio* zu entflechten und ihre marktübergreifende Machtbündelung durch eine Trennung von Geschäftsbereichen zu beschränken. Wenn ein solches Instrument eingeführt ist, kann das Bundeskartellamt Monopole oder Konzerne mit übertragender, marktübergreifender Marktstellung untersuchen und eine Veräußerung von Konzernteilen oder Sachvermögen in Deutschland sachgerecht prüfen und ggf. als letztes Mittel eine Entflechtung veranlassen.

OXFAM SETZT SICH GEGEN SOZIALE UNGLEICHHEIT EIN



Elina, 67, und ihre Enkelin holen Wasser an einem Zapfhahn, der an ein solarbetriebenes Wassersystem angeschlossen ist, das Oxfam installiert hat. Nur 48% der ländlichen Bevölkerung in Simbabwe hat Zugang zu sicherem Trinkwasser. Da traditionell die Frauen dafür verantwortlich sind ihren Haushalt mit Wasser zu versorgen, sind sie es, die täglich lange Distanzen zurücklegen müssen um Wasser zu holen. Dadurch reduziert sich die Zeit, die sie für andere Aktivitäten wie Erwerbsarbeit oder politische Teilhabe in ihrer Gemeinde aufbringen können.
© Aurelie Marrier D'Unienville / Oxfam

Ein Beispiel für unseren Einsatz gegen extreme Ungleichheit und für die Anerkennung, Reduzierung und Umverteilung von unbezahlter Hausarbeit, Pflege und Fürsorge ist die „Women's Economic Empowerment and Care“-Initiative (WE-Care).

In sechs Ländern Südasiens und Afrikas fördern wir Geschlechtergerechtigkeit und die beruflichen Entwicklungschancen von Frauen. Die Arbeit mit Männern und Jungen verändert zudem bestehende Vorstellungen und Normen.

UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT DURCH IHRE SPENDE

Oxfam Deutschland e.V.

Spendenkonto:

IBAN: DE87 3702 0500 0008 0905 00

Bank für Sozialwirtschaft

Konto: 80 90 500 BLZ: 370 205 00

Stichwort: KAMPAGNEN



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Deutscher
Spendenrat e.V.

Gefördert durch
ENGAGEMENT GLOBAL
mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein OXFAM Deutschland e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.